

An die 12. Vollversammlung am 13.11.2018
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Erhalt der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung!

Die Solidarwerkstatt Österreich (<https://www.solidarwerkstatt.at/wir-ueber-uns/verein>) hat eine Petition "Urabstimmung statt Enteignung! - Nein zur Zerstörung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung! gestartet."¹

Sie schreibt:

Es ist Feuer am Dach. Die Regierung will noch heuer die Zerstörung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung beschließen lassen. Wir meinen: Nur die Versicherten selbst – also die wirklichen Eigentümer der Sozialversicherung - haben das Recht darüber zu entscheiden, was mit ihren sozialen Kassen geschieht. Wir fordern daher den Nationalrat und Bundesrat auf, nicht über die Versicherten drüberzufahren, sondern diese selbst entscheiden zu lassen – in einer Urabstimmung aller Sozialversicherten.

Hier der Petitionstext:

Nein zur Zerstörung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung! Aufruf an National- und Bundesrat

Die Regierung will am 21. November 2018 die Zerstörung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung im Nationalrat beschließen lassen. Die Arbeitnehmer-Vertretung wird in der Kranken- und Pensionsversicherung de facto entmachtet. In diesen Versicherungen, in denen ausschließlich ArbeitnehmerInnen versichert sind, bekommt die Arbeitgeberseite die Macht, ständig hineinzuregieren, alles zu beeinträchtigen und zu blockieren. Im Hauptverband bekommt die Arbeitgeberseite sogar die Mehrheit, obwohl die ArbeitnehmerInnen die große Mehrheit aller Sozialversicherten sind. Das gut funktionierende dezentrale System der Gebietskrankenkassen wird zerstört.

Diese Zerstörung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist im Grunde – wie AK OÖ –Präsident Johann Kalliauer und OÖ GKK-Obmann Albert Maringer gesagt haben – die „größte Enteignung in der Geschichte Österreichs“. Gleichzeitig sind enorme Mehrbelastungen bzw. Einnahmenentgänge für Kranken- und

¹ <https://www.solidarwerkstatt.at/medien/kampagnen/formular-petition-urabstimmung-statt-enteignung>

Unfallversicherung geplant. Damit drohen höhere Selbstbehalte, Leistungskürzungen und Privatisierungen im Gesundheitsbereich.

Diese Enteignung der Versicherten ist verfassungsrechtlich und demokratiepolitisch skandalös. Nur die Versicherten selbst – also die wirklichen Eigentümer der Sozialversicherung - haben das Recht darüber zu entscheiden, was mit ihren sozialen Kassen geschieht. Wir fordern daher den Nationalrat bzw. Bundesrat auf, nicht über die Versicherten drüberzufahren, sondern diese selbst entscheiden zu lassen – in einer Urabstimmung aller Sozialversicherten. Urabstimmung statt Enteignung!

Wer diesen Aufruf unterstützen will, bitte hier eintragen.

[Anm. <https://www.solidarwerkstatt.at/medien/kampagnen/formular-petition-urabstimmung-statt-enteignung>] Dieser Aufruf wird mit allen Unterstützerinnen und Unterstützern allen Abgeordneten vor der jeweiligen Entscheidung im Nationalrat (21.11.2018) bzw. Bundesrat (6.12.2018) übermittelt.

Vielen Dank!

Wir sind der Meinung, dass dies eine geeignete Form ist, mehr Bewusstsein bei den Versicherten dafür zu schaffen, was mit ihren/unseren Sozialversicherungen passiert.

Die AUGÉ/UG stellt daher den

A N T R A G

Die 12. Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg unterstützt die Petition der Solidarwerkstatt, und ruft alle ihre Mitglieder auf, diese Petition aktiv zu unterstützen: <https://www.solidarwerkstatt.at/medien/kampagnen/formular-petition-urabstimmung-statt-enteignung>

Die 12. Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg empfiehlt des Weiteren allen Gewerkschaften und befreundeten Organisationen, diese Petition aktiv zu unterstützen.

Für die AUGÉ/UG



Robert Müllner